

Das Versagen der Finanzmärkte

Zeit für Neuaufbau und Umgestaltung, Zeit für die Politik, sich zu bewähren

Es ist symbolisch und passend, dass die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament bei ihrer heutigen Sitzung in Manchester, das solch eine zentrale Rolle sowohl bei der Entwicklung des kapitalistischen Systems als auch beim Aufkommen einer organisierten Arbeiterklasse gespielt hat, eine Reihe von Grundsätzen verabschiedet, die die jetzt notwendigen weit reichenden Reformen unseres Wirtschafts- und Finanzsystems nach dem katastrophalen Scheitern des freibeuterischen Finanzkapitalismus der letzten Jahre lenken sollten.

1. Rettungsurte sind nicht nur für Banker

- **Jetzt kann es also jeder klar erkennen:** Manchmal ist der Markt das Problem und der Staat die Lösung.
- Vor ein paar Wochen hat das spektakuläre Versagen unserer Finanzmärkte Europa und die Welt an den Rand der wirtschaftlichen Katastrophe geführt. In allerletzter Minute koordinierte staatliche Eingriffe in Europa und anderswo haben den Finanzsektor vor dem Kollaps gerettet. Jetzt müssen unsere Spitzenpolitiker dasselbe für den Rest von uns tun.
- Wir erleben die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Und inmitten der Krise wird der Wert unserer Institutionen, der Wert des demokratischen Regierungssystems, der Wert Europas auf die Probe gestellt. Können unsere Repräsentanten sich der Herausforderung stellen? Werden sie gemeinsam handeln, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern? Wenn sie es richtig machen, können sie nicht nur die wirtschaftliche Erholung schaffen, sondern auch eine bessere, stabilere Ordnungspolitik, eine gesündere Demokratie und eine fortschrittlichere Gesellschaft errichten.
- Wo die Märkte versagt haben, kann nur ein starkes koordiniertes Vorgehen der Regierungen das Vertrauen wiederherstellen, die Auftragsbücher füllen und die Nachfrage seitens der Unternehmer und der Verbraucher ankurbeln. Die europäischen Regierungen sollten die öffentlichen Ausgaben erhöhen, das Unternehmertum ermutigen und die Schaffung und das Wachstum von KMU erleichtern. Je koordinierter diese Maßnahmen sind, desto wirksamer werden sie sein.
- Um all dies zu verwirklichen, kann die EU rasch vier Schlüsselmaßnahmen ergreifen:
 1. Klipp und klar sagen, wie viel Anreiz europaweit benötigt wird, um einen Rahmen für Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu setzen – und darauf bestehen,

dass alle Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Haushaltslage einen Beitrag zum Rettungspaket leisten.

2. Unterstützung für Mitgliedstaaten in finanziellen Nöten bieten, die allein nur sehr eingeschränkt handeln können. Außerhalb der Eurozone hat es in einigen Ländern spekulative Angriffe auf die Währungen gegeben, weshalb sie zur Anhebung der Zinssätze gezwungen waren, obwohl sie diese eigentlich senken müssten. Der Euro hat seine Mitglieder vor einer Währungskrise bewahrt, doch selbst für einige von ihnen sind die Kosten zur Finanzierung der Staatsschulden deutlich gestiegen. Europa hat eine wichtige Rolle bei der Beschaffung und Lenkung von Kapital zu spielen, z. B. indem es durch Eurobonds oder durch verstärkte Kreditgewährung an KMU und für Umweltinvestitionen die Staatsverschuldung besichert.
3. Europas bewährte Mechanismen wie den Bericht zur Lissabon-Strategie und die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien, die beide in Kürze zur Veröffentlichung anstehen, nutzen, um klar festzustellen, was gebraucht wird. Vorrangig müssen Lösungen sein, die i) rasch greifen und ii) die europäische Wirtschaft stärken und modernisieren.
4. Für schnelle Ergebnisse müssen die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, Hilfsmaßnahmen auf jene auszurichten, die sie am dringendsten benötigen, insbesondere kleine Firmen und schutzbedürftige Haushalte – ein europäischer Rettungsgurt für die am stärksten Gefährdeten.

2. Die Banken, die unser Geld genommen haben, müssen jetzt die Erwartungen erfüllen

- Die Regierungen haben Billionen Euros an Steuergeldern nicht deshalb herausgerückt, weil sie die Banken lieben, sondern weil ein Banken-Bankrott dazu führen würde, dass die Unternehmen notwendige Kredite nicht erhalten, keine Hypothekarkredite ausgereicht werden, Unternehmen in Konkurs gehen, der Wert von Häusern und Wohnungen verfällt und Arbeitsplätze verloren gehen.
- Die Banken haben das Geld genommen, jetzt verlangen wir Ergebnisse:
 - Das Niveau der Kreditgewährung an Haushalte und Unternehmen, speziell an KMU, muss rasch wiederhergestellt werden; Kreditgewährungspraktiken müssen viel genauer durch einen Finanz-Ombudsmann geprüft werden, um sicherzustellen, dass öffentliche Gelder für das Gemeinwohl und nicht zur privaten Bereicherung verwendet werden.
 - Zinssenkungen müssen rasch und zur Gänze weitergegeben werden.
 - Keine Mega-Prämien oder „goldenen Fallschirme“ mehr.
 - Keine Zwangsentlassungen.
- Die Regierungen sollten klarmachen, dass sie bereit sind, alle notwendigen zusätzlichen Befugnisse an sich zu nehmen, um sicherzustellen, dass Arbeitsplätze, Unternehmen und Heime geschützt werden.
- Wir fordern viel mehr Transparenz von den Regierungen selbst in der Frage ihrer Verantwortung für unser Geld. Sie müssen eindeutig und öffentlich klarstellen, was sie

von den Banken in Bezug auf Kreditgewährungspolitik und Führungs- und Gehaltsstrukturen erwarten und welche Maßnahmen sie ergreifen wollen, um Finanzspekulanteneinhalt zu gebieten.

3. Jetzt ist die Zeit, um unseren Planeten zu retten

- Die Rezession ist die unmittelbarste Herausforderung für die Welt, doch die bei weitem größte Herausforderung der kommenden Jahre ist der Klimawandel. Unsere einzige Hoffnung zur Vermeidung einer Umweltkatastrophe ist ein rascher Übergang zu einer emissions- und energiearmen Wirtschaft, wobei allerdings bis jetzt das Ausmaß der erforderlichen Investitionen abschreckend gewesen ist.
- Jetzt wissen wir auch, dass die europäische Wirtschaft eine massive Ankurbelung der Investitionen braucht, um eine schwere und dauerhafte Rezession vermeiden zu helfen. Wir fordern ein Europäisches Grünes Investitionspaket – eine Wunderwaffe, die beide Ziele trifft.
- Europa ist in rapide wachsenden Sektoren wie Ökotechnik, Umweltgüter und Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energien globaler Spitzenreiter. Die Europäischen Sozialdemokraten haben ein Aktionsprogramm zur Schaffung von **zehn Millionen neuen Arbeitsplätzen bis 2020 durch grünes Wachstum** vorgestellt. Doch um diese Ziele zu erreichen und Europas Klimaverpflichtungen einzuhalten, sind massive Investitionen notwendig. Wir fordern Europas Spitzenpolitiker auf, sich dieser Herausforderung zu stellen, und zwar mit einem Paket von intelligenten, grünen Investitionsmaßnahmen, durch die Europa wieder in Gang kommt und die uns der Erfüllung unsere Klima- und Energieziele ein Stück näher bringen.

4. Kooperation und Solidarität – mehr denn je auch in unserem Interesse

- Überall in der Welt müssen wie in Europa auch die Schwächsten die Hauptlast der Finanzkrise tragen. Die ILO schätzt, dass nächstes Jahr als Ergebnis der Kreditknappheit in der reichen Welt mehr als 150 Millionen Jobs in den Entwicklungsländern verlorengehen werden. Dringend gebrauchtes Kapital fließt aus weniger entwickelten Ländern ab, da die Geldinstitute nach sicheren Häfen für ihr Geld suchen.
- Europa rühmt sich zu Recht, der bei weitem größte Geber in der Welt zu sein. Dennoch haben wir keine Hoffnung, die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen, solange nicht die den globalen Finanz- und Handelssystemen zugrunde liegenden Regeln auf einer stabileren und fortschrittlicheren Basis wiederhergestellt werden.
- Darüber hinaus wird es für europäische Länder schwierig werden, aus der Rezession herauszukommen, solange unsere Handelspartner in der Rezession stecken. Abgesehen von der moralischen Verpflichtung zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele brauchen wir starke Märkte, die Europas Waren und Dienstleistungen kaufen – was den Entwicklungsländern hilft, hilft uns.
- Die Lehre aus der Finanzkrise ist klar: Koordinierte europäische Maßnahmen waren überall dort erfolgreich, wo nationale Bemühungen gescheitert sind. Auch in der Realwirtschaft wird ein koordiniertes Vorgehen – sowohl auf europäischer wie auch auf

globaler Ebene – weit schlagkräftiger sein als rein nationale Lösungsansätze. Wir unterstützen den Ruf nach einem neuen Bretton Woods, um ein neues, verantwortlicheres, stabileres und faireres System globaler Governance im Finanzbereich zu schaffen.

- Auf kurze Sicht muss der Plan der G20 zur wirtschaftlichen Gesundung sicherstellen, dass der IWF gemeinsam mit Zentralbanken und Regierungen in den Industrieländern und mit kapitalkräftigen Staatsfonds den Entwicklungsländern und den noch unterentwickelten Ländern ausreichend Kredite zur Verfügung stellt, um eine Rezession abzuwenden. Und die Doha-Handelsrunde muss rasch zu einem erfolgreichen und entwicklungsfreundlichen Abschluss gebracht werden.

5. Ökonomen zurück auf die Schulbank bitte (und Politiker ebenfalls)

- In nur wenigen Wochen des Jahres 2008 ist die Welt der Wirtschaftslehre auf den Kopf gestellt worden. Ideen, die die Welt fast 30 Jahre lang regierten, die dem politisch Machbaren Grenzen setzten und die den politischen und wirtschaftlichen Diskurs beherrschten, haben sich als falsch herausgestellt.
- Ebenso plötzlich sind alte Wahrheiten, die lange Zeit aus dem politischen Mainstream verbannt waren, wiederentdeckt worden. Ohne starke Regulierung und öffentliche Kontrolle sind Märkte, besonders Geldmärkte, grundsätzlich instabil. Der Staat muss der letzte Garant der Solidität des Finanzsektors und der letzte Garant des Konjunkturniveaus sein.
- Die Steuerung der Nachfrage ist wieder eine Kernverantwortung des Staates. Und jetzt, da die monetären Instrumente in schlechtem Zustand sind, ist die Steuerpolitik das mächtigste Antirezessions-Instrument.
- Wir haben am eigenen Leib erfahren, welche Gefahren das halsbrecherische Wachstum des Finanzsektors birgt, der, angetrieben von unerbittlichen Finanzinnovationen, nach immer komplexeren marktbasierten Lösungen sucht, um mit Risiken wie Wechselkursschwankungen zurechtzukommen, die einst Aufgabe der Regierung waren.
- Jedes große Scheitern des herrschenden Wirtschaftsmodells führt zu tiefgreifenden Veränderungen in der Art, wie Wirtschaftswissenschaft gelehrt wird, und der Weise, wie wir regiert werden:
 - Die Große Depression von 1930 hat zu drei Jahrzehnten keynesianischen „Wohlfahrtskapitalismus“ geführt.
 - Die Stagflation der 1970-er Jahre hatte die monetaristische Gegenrevolution zur Folge, die uns seither regiert hat.
- Jetzt muss das Scheitern der marktverherrlichenden „Gier ist geil“-Philosophie der letzten 30 Jahre zu einer grundsätzlichen Selbstbetrachtung von Ökonomen wie Politikern führen. Die Ökonomen müssen eine weiterreichende Vorstellung darüber wiedererlangen, wie ihr Beruf zum Aufbau einer besseren Gesellschaft beitragen kann. Und die Politiker müssen lernen, lange und angestrengt nachzudenken, bevor sie ihre Verantwortlichkeiten der Magie des Marktes überlassen.

Manchester, 12. November 2008

